

Kinderschutz in Zeiten von Corona: Ein Vergleich zwischen Hell- und Dunkelfeld vor dem Hintergrund der Möglichkeiten des Kinderschutzhandelns in Jugendämtern

Susanne Witte, Heinz Kindler

Zusammenfassung

Die COVID-19-Pandemie und die getroffenen Infektionsschutzmaßnahmen haben im Kinderschutz rasch Sorgen vor einem massiven Anstieg der Häufigkeit von Gewalt gegen Kinder in Familien sowie der registrierten Gefährdungsfälle während oder nach der Pandemie ausgelöst. Für Deutschland ist eine Zunahme von Risikofaktoren für Kindeswohlgefährdung gut belegt. In Dunkelfeldstudien berichteten Eltern von einer Zunahme an Gewalt gegen ihre Kinder. Die Anzahl der Mitteilungen bezüglich einer möglichen Kindeswohlgefährdung an Jugendämter setzte in 2020 bis 2022 den Trend einer stetigen Zunahme fort. Eine sprunghaft stärkere Zunahme zeigte sich jedoch nicht. Die Anzahl der Inobhutnahmen ging in 2020 und 2021 zurück, was möglicherweise dafür spricht, dass Schwellen für den Eingriff in die elterliche Sorge höher angesetzt wurden. Die COVID-19-Pandemie stellte die Jugendämter vor große Herausforderungen, die sie in ihrem Kinderschutzhandeln einschränkten. Zukünftig sollte Kinderschutz in Krisenplänen regelmäßig berücksichtigt werden.

Schlagwörter: Kinderschutz, COVID-19-Pandemie, Kindesmisshandlung, Vernachlässigung

Child Protection during the COVID-19 pandemic: A comparison between official reports and survey data considering the possibilities for child protection activities in local child and youth welfare authorities

Abstract

The COVID-19 pandemic and the measures to control the spread of SARS-CoV2 quickly raised concerns in child protection about a massive increase in the frequency of violence against children in families and in the number of registered child protection cases during or after the pandemic. An increase in risk factors for child endangerment is well documented in Germany. In survey studies, parents reported an increase in violence against their children. The number of reports to child and youth welfare authorities regarding possible child endangerment continued the trend of steady increase from 2020 to 2022. However, there was no steeper increase. The number of emergency placements decreased in 2020 and 2021, which may indicate that thresholds for intervention in parental responsibility were set higher. The COVID-19 pandemic presented the child and youth welfare authorities with major challenges that limited their child protection activities. In the future, child protection should be regularly taken into account in crisis planning.

Keywords: child protection, COVID-19 pandemic, child abuse, neglect

1 Einleitung

Epidemien begleiten seit jeher die Menschheit und haben immer wieder viele Opfer gefordert (Winkle, 1997). Wenig neu ist auch, dass sich durch die Ausbreitung von Infektionskrankheiten und die getroffenen Gegenmaßnahmen Veränderungen im gesellschaftlichen Leben ergeben, die über den Zeitraum der Pandemie hinaus ihre Wirkung entfalten (z. B. Voigtlander & Voth, 2013 zu den Auswirkungen der Pest auf den Wohlstand in Europa). Im 20. und 21. Jahrhundert sind mehrere Epidemien und Pandemien aufgetreten (z. B. Ebola, Zika), die zum Teil noch andauern (z. B. HIV/AIDS). Trotzdem kam für weite Teile der Weltbevölkerung die COVID-19-Pandemie unerwartet. Denn SARS-CoV-2 breitete sich in bisher ungeahnter Geschwindigkeit weltweit aus. Innerhalb weniger Monate waren alle Länder betroffen. Nach einem Ausruf des weltweiten Gesundheitsnotstandes im Januar 2020, erklärte die Weltgesundheitsorganisation (WHO) SARS-CoV-2 im März 2020 zu einer Pandemie. Aktuell ist SARS-CoV-2 in seinen gegenwärtigen Varianten endemisch, also dauerhaft vorkommend, geworden und der weltweite Gesundheitsnotstand wurde von der WHO im Mai 2023 aufgehoben.

Im März 2020 änderte sich die Gestaltung des gesellschaftlichen Lebens durch die Verbreitung von SARS-CoV-2 und der zur Eindämmung eingeleiteten Infektionsschutzmaßnahmen auch in Deutschland grundlegend. Die ergriffenen Maßnahmen umfassten im ersten sogenannten „Lockdown“ die Schließung von Schulen, Kindertageseinrichtungen und fast allen Einrichtungen des öffentlichen Lebens. Dem Infektionsschutz und der Vorbeugung einer Überlastung der Krankenhäuser wurde oberste Priorität eingeräumt (zu den Entscheidungsabläufen siehe Kuhlmann, Franzke, Dumas, & Heuberger, 2023). In den folgenden zweieinhalb Jahren kam es in Abhängigkeit der Infektionszahlen bzw. der Kapazitäten an Intensivbetten zu einem Wechsel unterschiedlicher Infektionsschutzmaßnahmen, die im Frühjahr 2023 weitestgehend endeten (siehe Sachverständigenausschuss, 2022). Bereits wenige Wochen nach Beginn der Infektionsschutzmaßnahmen wurde in Deutschland neben den wirtschaftlichen Folgen auch über die sozialen und gesellschaftlichen Folgen öffentlich diskutiert. Belastungen in den Familien und Auswirkungen auf die Entwicklungsmöglichkeiten von Kindern und Jugendlichen bildeten dabei einen Schwerpunkt. Die Diskussion wurde unter anderem dadurch angefacht, dass bei Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen weniger schwere Verläufe bei einer COVID-19-Erkrankung festgestellt wurden und somit die den jungen Menschen auferlegten Kontaktbeschränkungen primär dem Schutz älterer Personen und Personen mit Vorerkrankungen dienten (Deutsche Liga für das Kind, 2020).

Weltweit (z. B. UNICEF, 2020) und in Deutschland wurde zudem rasch eine Zunahme von familiären Belastungen, Gewalt und Vernachlässigung von Kindern und Jugendlichen bei gleichzeitigem Wegfall von Meldewegen, Schutzmaßnahmen und Hilfsangeboten befürchtet (z. B. Fegert, Clemens, Berthold, & Kölch, 2020). Im Hinblick auf den Wegfall von Meldewegen, Schutzmaßnahmen und Hilfsangeboten nahm in Deutschland die Diskussion über das Kinderschutzhandeln in Jugendämtern großen Raum ein. Dies betraf insbesondere die dort rechtlich vorgesehene Aufnahme von Gefährdungsmitteilungen, deren Abklärung und die daraus resultierende Einleitung von Hilfs- und Schutzmaßnahmen (z. B. Zitelmann, Berneiser, & Beckmann, 2020). Lange Zeit ließ sich allerdings die Frage nach